



Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz  
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Herrn  
Bundesvorsitzender der  
Gewerkschaft der Polizei  
Oliver Malchow  
Stromstraße 4

**10555 Berlin**

**DER MINISTER**  
Ministerium des Innern,  
für Sport und Infrastruktur  
Schillerplatz 3-5  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-3720  
Mail: [Poststelle@isim.rlp.de](mailto:Poststelle@isim.rlp.de)  
[www.isim.rlp.de](http://www.isim.rlp.de)

Juli 2015

Mein Aktenzeichen  
00 1:MB  
IMK-Vorsitz 2015  
Bitte immer angeben!

Ihr Schreiben vom

Telefon / Fax  
06131 16-3245  
06131 16-173245

## **Petition der Gewerkschaft der Polizei zur Bekämpfung der wachsenden Gewalt gegenüber Polizeibeamtinnen und -beamten**

Sehr geehrter Herr Malchow,

vielen Dank für das Gespräch am Rande der Frühjahrskonferenz der Innenminister und –senatoren in Mainz und für die Übergabe der Petition Ihrer Gewerkschaft.

Die Bekämpfung der wachsenden Gewalt gegenüber Polizeibeamtinnen und –beamten nehmen die Innenminister und –senatoren der Länder sehr ernst. Das Thema findet sich auch regelmäßig auf den Tagesordnungen der Innenministerkonferenzen wieder. So stand bei dieser Frühjahrstagung die Verschärfung des Straftatbestandes des § 113 StGB zur Diskussion.

Verschärfungen des Strafrechtes sollten jedoch nur dann weiter verfolgt werden, sofern sie geeignet sind, zur generalpräventiven Abschreckung beizutragen.

Nach dem im November 2011 der § 113 StGB strafverschärft wurde, wurde der AK II durch die IMK beauftragt, dessen Geeignetheit zum verbesserten Schutz von Polizeibeamtinnen und –beamte zu bewerten.

Im Ergebnis wurde festgestellt, dass anhand den vorliegenden Daten keine Aussage getroffen werden konnte, ob diese Gesetzesänderung zum verbesserten Schutz beigetragen hat.

Der fehlende wissenschaftliche Beweis, hatte zur Folge, dass diesbezüglich keine Einheitlichkeit unter den Innenminister und –senatoren der Länder erzielt werden konnte.

Gleichwohl kann ich Ihnen garantieren, dass meine Kollegen und ich weiterhin alle Maßnahmen weiterverfolgen, die sich unmittelbar auf die Einsatzbedingungen der Polizeibeamtinnen und –beamten beziehen und den Schutz der Betroffenen verbessern können.

In Rheinland-Pfalz konnten wir diesbezüglich schon viele Akzente setzen.

Beispielsweise wurde das Thema in meinem Ministerium bereits im Jahr 2010 durch die Einrichtung einer Arbeitsgruppe aufgegriffen. Als Ausfluss dieser AG konnten schon viele Maßnahmen in den Bereichen Aus- und Fortbildung, Ausstattung, Einsatznachbereitung, Sachbearbeitung und Fürsorge ergriffen werden.

Aktuell werden im eigens eingerichteten Forum „Gewalt gegen die Polizei“ unterschiedliche Initiativen zur Reduzierung der Gewalt in landesweiten Arbeitsgruppen geprüft, um eine stärker Einbindung des operativen Dienstes zu gewährleisten.

Nicht zuletzt werden seit dem vergangenen Monat in zwei Polizeipräsidien Pilotphasen zum Einsatz von Bodycams durchgeführt, die ich -neben der bereits stattfindenden Videodokumentation in Streifenwagen- für eine sehr zielführende Maßnahme halte, um die Gewaltbereitschaft gegenüber Polizeibeamtinnen und –beamten zu reduzieren.

Mit freundlichen Grüßen



Roger Lewentz